

Einwohnerrat

Sitzungsprotokoll vom 6. Dezember 2019

Vorsitz: Brigitte Vogel, Einwohnerratspräsidentin

Anwesende Mitglieder: 34 Mitglieder des Einwohnerrats
5 Mitglieder des Stadtrats

Auskunftspersonen: Christoph Hofstetter, Stadtschreiber
Peter Baumli, Verwaltungsleiter

Protokoll: Stefan Wiedemeier, Vizestadtschreiber

Entschuldigt: Martin Geissmann
Prof. Martin Killias
Julia Mosimann
Kaspar Schoch
Anja Vögeli Knapp
Daniel Zeller

Zeit: 15.00 Uhr bis 17.05 Uhr

Ort: Aula des Schulhauses Lenzhard

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Inpflichtnahme
3. Wahlen für die Amtsperiode 2020/21
 - a) Ratspräsidium
 - b) Vizepräsidium
 - c) zwei Stimmzählende
 - d) Präsidium der GPFK
4. Ringstrasse West; Sanierung Abschnitt General Herzog-Strasse bis Aarauerstrasse; Verpflichtungskredit
5. Lenzburg21; Planungskredit
6. Bahnhof Lenzburg; Testplanung und Entwicklungsrichtplanung; Planungskredit
7. Umbau und Erweiterung der Schulanlage Lenzhard sowie Umbau und Erneuerung des Schulhauses Bleicherain; Kreditabrechnung
8. Regenklärbecken Unterdorf, Niederlenz; Kreditabrechnung
9. Anfrage "Hindernisfreie Bushaltestellen"; Beantwortung durch den Stadtrat
10. Umfrage

V e r h a n d l u n g e n :

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Sehr geehrte Damen und Herren des Einwohnerrats und des Stadtrats, hiermit begrüße ich Sie herzlich zur 11. Sitzung des Einwohnerrats der laufenden Legislatur.

Nun ist es soweit: Meine Finger haben zum letzten Mal die Glocke in Bewegung gesetzt, um eine Einwohnerratssitzung einzuläuten. Die Hälfte der Legislatur ist geschafft. Die Amtsperiode dauert aber noch weitere zwei Jahre. Dies benötigt weiterhin viel Ausdauer und den nötigen Durchhaltewillen. Deshalb erhalten Sie heute ein wenig Unterstützung in Form von Ovomaltine. Die Arbeit haben Sie in

den vergangenen beiden Jahren gut gemacht. Hier besteht kein Verbesserungsbedarf. Wünschbar wäre aber, dass Sie etwas mehr Ausdauer und wir dadurch weniger Rücktritte hätten. In Anbetracht der reich befrachteten Traktandenliste gehen wir zügig zu unseren Geschäften weiter. Im Anschluss wartet noch ein gemeinsames Nachtessen im Alten Gemeindesaal auf uns.

Ich begrüße Sie nochmals recht herzlich. Ein herzliches Willkommen unserem neuen Ratsmitglied, Christina Bachmann-Roth, und einmal mehr unserem Ratsweibel, Marcel Wattinger. Herzlichen Dank für das Einrichten des Ratssaals und für die Betreuung während der Sitzung. Als Auskunftspersonen begrüße ich Stadtschreiber Christoph Hofstetter und Peter Baumli, Verwaltungsleiter. Grüezi auch unseren Medienvertretern, Ruth Steiner von der Aargauer Zeitung und Fritz Thut vom Lenzburger Bezirks-Anzeiger. Christoph Wasser vom Regionaljournal Aargau-Solothurn SRF ist heute nicht anwesend. Herzlichen Dank bereits im Voraus für die Berichterstattung.

Die Traktandenliste und die Unterlagen sind Ihnen rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist somit eröffnet.

Da wir ein neues Ratsmitglied unter uns begrüßen dürfen, wird die Traktandenliste mit dem Geschäft "Inpflichtnahme" ergänzt, falls Sie damit einverstanden sind. Es gibt keine Einwände.

1 Mitteilungen

1. Protokoll

Das Protokoll der Juni-Sitzung wurde Ihnen per E-Mail zugestellt oder heute Abend verteilt. Das Protokoll unserer Sitzung vom 26. September 2019 wird Ihnen jetzt ausgeteilt oder Sie konnten es bereits im Mail-Eingang abrufen. Das Protokoll vom 31. Oktober 2019 ist noch in Bearbeitung.

Sie finden übrigens das Ratsprotokoll unter dem entsprechenden Sitzungsdatum auf der Homepage der Stadt Lenzburg.

2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Einwohnerratsbeschlüsse vom 31. Oktober 2019 sind noch nicht in Rechtskraft erwachsen. Die Referendumsfrist läuft am 9. Dezember 2019 ab.

3. Neueingänge

Wir haben eine Anfrage der GLP-Fraktion betreffend "Neuvergabe Pachtverträge für landwirtschaftliche Flächen" erhalten.

Anfrage: Neuvergabe Pachtverträge für landwirtschaftliche Flächen

Antragsteller	Adrian Höhn, adrian.hoehn@gmail.com
Partei	GLP Lenzburg
Datum	06.12.2019

Die GLP begrüsst es sehr, dass allen Pächtern von Landwirtschaftsland im Besitz der Einwohner- oder Ortsbürgergemeinde auf den gleichen Zeitpunkt gekündigt worden ist (Ende 2020). Der Stadtrat hat damit Weitsicht bewiesen. So können nun die Flächen in einem transparenten und gerechten Verfahren zum gleichen Zeitpunkt an die Lenzburger Interessenten neu vergeben werden.

Der GLP liegt einerseits die langfristige Erhaltung der Bodenqualität, die Insektenvielfalt sowie der Schutz des Grundwassers am Herzen und andererseits sollen die Lenzburger Landwirtschaftsbetriebe über gute Rahmenbedingungen verfügen. Ersteres hat mit der Art der Bewirtschaftung zu tun. Unterschiedliche Kulturen führen zu unterschiedlich starken Verdichtungen, offene Böden verstärken die Erosion. Die Insektenvielfalt kann insbesondere durch Strukturelemente an Randzonen gestärkt werden und die Art des Pestizideinsatzes hat einen Einfluss auf die Grundwasserqualität.

In diesem Zusammenhang stellen wir folgende Fragen:

- 1. Nach welchen Vergabekriterien werden die Pachtverträge vergeben?*
- 2. Gelten dabei nur ökonomische oder auch ökologische Kriterien?*
- 3. Wird dabei dem Bodenerhalt, der Biodiversität und dem Grundwasserschutz genügend Rechnung getragen?*
- 4. Werden Personen, welche in der Vergangenheit Verstösse gegen Naturschutz-, Tierschutz- oder Gewässerschutzvorgaben begangen haben, von der Teilnahme ausgeschlossen?*
- 5. Können auch Personen, welche die Kriterien für Direktzahlungen nicht mehr erfüllen (zum Beispiel Alter), sich für Flächen bewerben? Allenfalls mit der Einschränkung keine Ackerbauflächen?*
- 6. Werden Betriebe bevorzugt, welche Ressourceneffizienz-Beiträge beziehen (Beitrag für den Einsatz von präzisen Applikationstechniken, Beitrag für die Spritzenreinigung, Beitrag für die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln im Obstbau/Rebbau/Zuckerrübenanbau)?*
- 7. Werden Bio-Betriebe bevorzugt?*

Für die GLP-Fraktion: Adrian Höhn

Zudem wurde eine Motion der FDP, CVP, EVP und BDP betreffend "Schulraumplanung mit Tagesschulen in Lenzburg" eingereicht.

Motion

Schulraumplanung mit Tagesschulen in Lenzburg

Ausgangslage

In der «Aufgaben- und Finanzplanung 2020-2024» sind wesentliche Investitionen für die Schulinfrastruktur berücksichtigt:

- TCHF 4'108 für die Liegenschaft Bleicherain für Schulraum für Tagesstrukturen und für Werkräume (inkl. Fassadenrennovation und Ausbau Dachstock)
- TCHF 5'334 für die Erweiterung des Schulhauses Mühlematt (2. Etappe) und
- TCHF 400 für die Fassadenrennovation des Schulhauses Angelrain.

Die Schulraumplanung im Aufgaben- und Finanzplan 2020-2024 beinhaltet gegenüber dem Vorjahresplan ein paar neue Aspekte. Es fehlen aber konkrete Hinweise zur Oberstufe, aber vor allen fehlt das Bekenntnis inkl. Konzepte zur Tagesschule in Lenzburg, was mit Sicherheit einen grossen Einfluss auf den Raumbedarf der Schule und dessen Gestaltung mit sich bringt.

Hintergrund

Das Familienideal des 19. Jahrhunderts - die Mutter kümmert sich ausschliesslich um Haushalt und Kinderbetreuung, während der Vater einer Erwerbstätigkeit nachgeht - entspricht heute nur noch teilweise dem Familienbild in der Schweiz. Immer mehr Mütter sind gut ausgebildet und bleiben auch nach der Geburt von Kindern erwerbstätig. Aber auch Scheidungen haben neue Familienzusammensetzungen zur Folge und zwingen oft beide Elternteile zu vermehrter Erwerbstätigkeit. Dazu zwei Zahlen:

- 80,1 % der Mütter, deren jüngstes Kind zwischen 4 und 12 Jahre alt ist, sind erwerbstätig (BFS - Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) 2014).
- 14 % aller Familienhaushalte mit Kindern sind Einelternfamilien (BFS – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) 2014).

Für alle Kinder, deren Eltern erwerbstätig sind, braucht es familienergänzende Betreuung. Für Kinder im Schulalter bietet sich die Tagesschule als geeignete Betreuungsform an.

Schule und schulergänzende Betreuung werden bis anhin in Lenzburg wie in den meisten Orten der Schweiz als zwei klar getrennte Systeme behandelt. Auf der einen Seite besteht die herkömmliche Schulorganisation mit Morgen- und Nachmittagsunterricht und auf der anderen Seite eine ergänzende Tagesstruktur, die je nach Bedürfnis der Eltern Betreuung vor und nach der Schule und über Mittag anbietet.

Vorteil des bisher bestehenden Angebots: Die Eltern stellen sich aufgrund der Module das für sie nutzbringendste Betreuungsangebot zusammen. Die Kündigungsfrist beträgt zwei Monate. Deshalb kann sehr flexibel auf die Bedürfnisse der Eltern eingegangen werden.

Eher negativ zu beurteilen ist, dass die Systeme auf Leitungsebene nicht (mehr) vernetzt sind. Die Absprachen zwischen Lehr- und Betreuungspersonal beschränken sich in der Regel auf organisatorische Massnahmen. Zwischen Lehr- und Betreuungspersonal besteht nur in Ausnahmefällen eine pädagogische Zusammenarbeit und eine gemeinsame pädagogische Haltung ist nicht geklärt. Aber auf betrieblicher Ebene arbeitet man in den Schuleinheiten gut zusammen.

Beurteilung

Frauen haben heute die gleichen Ausbildungschancen wie Männer und nutzen sie auch. Es ist volkswirtschaftlich unsinnig, wenn sie als Mütter von Kindern über Jahre hinweg der Erwerbstätigkeit fernbleiben. Auch die einzelnen Betriebe profitieren, wenn Frauen, welche über ein grosses betriebsinternes Wissen verfügen, nach dem Mutterschaftsurlaub wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren können. Dadurch, dass immer noch sehr viele Frauen gezwungen sind, sich zwischen Beruf und Familie entscheiden zu müssen, verliert der Staat und die Wirtschaft das Know-how und die Erfahrungen vieler gut ausgebildeter Frauen.

Es ist erwiesen (1), dass die Sozialhilfekosten in Gemeinden dank Tagesschulen sinken, weil einfach mehr Mütter UND Väter erwerbstätig sein können. Ebenfalls zeigen Studien (2), dass das Steueraufkommen zunimmt, weil Eltern höher bezahlte Stellen antreten können, da sie besser erreichbar sind.

Gleichstellung setzt voraus, dass Frauen und Männer gleichermassen die Möglichkeit haben, sich am Erwerbsleben zu beteiligen. Die unregelmässigen Unterrichtszeiten an den Volksschulen erschweren die Vereinbarkeit von Beruf und Familie enorm. Blockzeiten und Mittagstisch, so nützlich sie in gewissen Situationen sind, können dieses Problem nicht vollständig beheben. Es braucht ganztägige Angebote an den Volksschulen.

Die Besonderheit von Tagesschulen liegt darin, dass sich Unterricht und Betreuung durch pädagogische, organisatorische, personelle und räumliche Massnahmen verbinden. Tagesschulen bieten den Kindern ein hohes Mass an Konstanz und Sicherheit in der Beziehung.

Eine grosse Zahl Kinder und Jugendlicher ist heute tagsüber ohne Betreuung. Der öffentliche Raum ist zunehmend anonym. Für viele Kinder besteht deshalb die Gefahr, dass sie auf eine "schiefe Bahn" geraten, was im schlimmsten Fall zu Sucht- und Gewaltverhalten führt. Ein Angebot an Tagesschulen könnte hier einen wesentlichen Beitrag zur Prävention leisten und würde ausserdem wesentlich tiefere Kosten verursachen als spätere jugendanwaltschaftliche Massnahmen. Tagesschulen tragen wesentlich zur Integration von Kindern mit limitierten Sprachkenntnissen bei.

Eine Tagesschule erhöht die Attraktivität einer Gemeinde als Wohnsitz für junge Familien. Besonders doppelverdienende Familien mit höherem Einkommen achten bei der Wohnsitzsuche auf das Angebot an Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder. Die Einrichtung einer Tagesschule gehört deshalb genauso zur Standortförderung, wie das Werben um Unternehmen.

(1) 2016, Bildung+Betreuung, Tagesschulen lohnen sich

(2) 2001, Müller Kucera/Bauer: Volkswirtschaftlicher Nutzen von Kindertagesstätten

Motion - Schulraumplanung mit Tagesschulen in Lenzburg - Begehren

1. *Der Stadtrat wird beauftragt, Tagesschulen per Schuljahr 2025/2026 als Regelschule über alle Stufen einzuführen.*
2. *Der Stadtrat wird beauftragt, den Raumbedarf und die finanziellen Folgen (Kosten/Nutzen) für die Einführung der Tagesschulen als Regelschule über alle Stufen aufzuzeigen.*

Christoph Nyfeler, Sven Ammann, François Kuhlen, Christina Bachmann-Roth und Mitunterzeichnende

4. Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung haben wir einige Entschuldigungen. Aus beruflichen Gründen sind Martin Geissmann, Julia Mosimann, Daniel Zeller und Kaspar Schoch entschuldigt. Martin Killias ist für den Heimatschutz unterwegs. Krankheitsbedingt musste sich Anja Vögeli Knapp abmelden. Ihr wünsche ich gute Besserung.

5. Verabschiedungen

Leider haben wir auch zwei Rücktritte zu verzeichnen:

Martin Geissmann: Mit Mail vom 1. November 2019 hat Martin Geissmann leider seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat bekannt gegeben. Er ist seit dem 1. Januar 2014 Einwohnerrat. 2015 war er Stimmzähler. Martin Geissmann hat in der Begleitkommission Revision Bau- und Nutzungsordnung sowie auch bei den Schulbauten mitgewirkt. Er hat mehrere Vorstösse eingereicht, stand öfters am Rednerpult und war sehr engagiert. Ich danke Martin Geissmann ganz herzlich für seine Arbeit im Einwohnerrat zu Gunsten von Lenzburg.

Sonia Dahl: Mit Mail vom 6. November 2019 hat uns Sonia Dahl ihren sofortigen Rücktritt mitgeteilt. Sie war seit Jahresbeginn 2019 bei uns im Stadtparlament. Wir danken auch ihr ganz herzlich für ihre Ratsarbeit. Ihre Nachfolgerin, Christina Bachmann-Roth, dürfen wir gleich in Pflicht nehmen.

2 Inpflichtnahme

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Nachdem Sonia Dahl zurückgetreten ist, heisse ich Christina Bachmann-Roth (CVP), geboren am 30. Oktober 1983, wohnhaft am Sandweg 3, hier im Rat herzlich willkommen.

Für die Inpflichtnahme bitte ich das neue Mitglied, Christina Bachmann-Roth, vor den Rat zu treten. Vizestadtschreiber Stefan Wiedemeier wird die Eidesformel vorlesen. Den Rat bitte ich, sich für den Akt zu erheben.

Vizestadtschreiber Stefan Wiedemeier verliest hierauf die in § 3 des Geschäftsreglements festgehaltene Gelöbnisformel: "Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats das Wohl der Gemeinde Lenzburg zu fördern und gemäss Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln." Mit den Worten "Ich gelobe es" leistet hierauf Christina Bachmann-Roth ihr Gelübde. [Applaus]

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Ich gratuliere Christina Bachmann-Roth herzlich zum weisen Entscheid, sich für unsere Stadt einzubringen. Herzlich willkommen im Einwohnerrat. Ich wünsche dir viel Freude bei der Ratsarbeit und dass du mit der Unterstützung der Fraktion schnell im Ratsleben ankommst und dich wohlfühlst.

3 Wahlen für die Amtsperiode 2020/21

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Wir kommen nun zu den Wahlen für die Amtsperiode 2020/2021.

Wir haben folgende Vorschläge aus den Fraktionen:

Für das Ratspräsidium: Sven Ammann (FDP)

Für das Vizepräsidium: Beatrice Taubert-Baldinger (SP)

Für das Präsidium der GPFK: Corin Ballhaus (SVP)

Zwei Stimmzählende:

Adriano Picco (SVP)

Annette Sikyr (SP)

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Bevor wir wählen, möchte ich den Rat fragen, ob es weitere Vorschläge gibt oder ob sich jemand dazu äussern möchte. Wenn dies nicht der Fall ist, bitte ich Sie, die Wahlzettel auszufüllen, und die Stimmzähler, diese anschliessend einzusammeln und auszuzählen.

Wahlergebnisse

Wahl des Präsidenten des Einwohnerrats für die Amtsdauer 2020/21

Als Präsident des Einwohnerrats Lenzburg für die zweijährige Amtsdauer 2020/21 wird bei 33 eingelegten und 33 gültigen Stimmzetteln sowie bei einem absoluten Mehr von 17 mit 33 Stimmen **g e w ä h l t** :

- **Sven Ammann**, Gastrounternehmer, FDP

Wahl der Vizepräsidentin des Einwohnerrats für die Amtsdauer 2020/21

Als Vizepräsidentin des Einwohnerrats Lenzburg für die zweijährige Amtsdauer 2020/21 wird bei 33 eingelegten und 33 gültigen Stimmzetteln sowie bei einem absoluten Mehr von 17 mit 29 Stimmen **g e w ä h l t** :

- **Beatrice Taubert-Baldinger**, Innenarchitektin HfGZ, SP

Wahl der Präsidentin der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission des Einwohnerrats für die Amtsdauer 2020/21

Als Präsidentin der GPFK für die zweijährige Amtsdauer 2020/21 wird bei 33 eingelegten und 33 gültigen Stimmzetteln sowie bei einem absoluten Mehr von 17 mit 32 Stimmen **g e w ä h l t** :

- **Corin Ballhaus**, Kommunikationsberaterin, SVP

Wahl von 2 Stimmzählenden des Einwohnerrats für die Amtsdauer 2020/21

Als Stimmzählende des Einwohnerrats für die zweijährige Amtsdauer 2020/21 werden bei 33 eingelegten und 33 gültigen Stimmzetteln sowie bei einem absoluten Mehr von 17 **g e w ä h l t** :

- **Adriano Picco**, Betriebsökonom FH, SVP, mit 31 Stimmen
- **Annette Sikyr**, Rechtsanwältin, SP, mit 31 Stimmen

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Ich gratuliere den "Mannen und Frauen" herzlich zu dieser Wahl und wünsche ihnen viel Erfolg und viel Freude im Amt, welches sie nun übernehmen werden. [Applaus]

4 Ringstrasse West; Sanierung Abschnitt General Herzog-Strasse bis Aarauerstrasse; Verpflichtungskredit

Sprecher der GPFK ist Daniel Blaser (CVP): 2017 hat der Einwohnerrat dem Verpflichtungskredit für die Sanierung der 1. Etappe Ringstrasse-West zugestimmt, 2018 der 2. Etappe und heute steht die dritte und letzte Etappe zur Diskussion. Ich möchte kurz die Punkte zusammenfassen, die von der GPFK zu den einzelnen Etappen diskutiert wurden:

Aufgrund der damals vorangehenden Diskussion über die angespannte Finanzlage gab es bei der Beratung des Verpflichtungskredits für die 1. Etappe mahrende Worte: Man solle und könnte bei Infrastrukturbauten auch etwas grössere Zurückhaltung üben. Die GPFK hat 2017 die Frage gestellt, ob eine Tempo-30-Zone für die Ringstrasse West sinnvoll wäre, um die Sicherheit der Fussgänger zu erhöhen. Der Stadtrat hat uns informiert, dass die Schulwegsicherheit mit Signalanlage und Lotsendienst bereits verbessert wurde und sich eine Tempo-30- Zone nicht aufdränge. Wir haben uns bei der 1. Etappe auch Gedanken im Zusammenhang mit der Umnutzung des Zeughausareals gemacht und uns gefragt, ob die Bushaltestelle diesbezüglich noch am richtigen Ort steht oder ob die Zufahrt zum Areal nicht mehr über die Ringstrasse West geplant werden sollte. Gelobt wurde die Zusammenarbeit und Koordination mit den SWL, der Einbau eines lärmreduzierenden Belags und die Entschärfung der Zu- und Wegfahrt zum Zeughausareal durch das Versetzen des Zauns und die Verbreiterung des Trottoirs.

Bei der 2. Etappe wollte die GPFK wissen, warum der Strassenbau nicht in einer Etappe durchgeführt werden konnte, um Installationskosten einzusparen. Dies wollte man nicht, da durch die lange Bauzeit auch der Verkehr lange eingeschränkt gewesen wäre.

Alle drei Etappen mit einer Gesamtlänge von 460 m kosten Lenzburg 1,5 Mio. Franken. Die 1. Etappe ist bereits mit einer Kreditunterschreitung von Fr. 14'000.– abgerechnet. Beim Verpflichtungskredit des dritten und letzten Abschnitts, welcher jetzt zur Diskussion steht, hat sich die GPFK über die Verkehrssituation während der Bauphase und über die Stärke der Strassenbeleuchtung beim Fussgängerstreifen erkundigt. Die Verkehrsführung ist noch in Abklärung, wird aber voraussichtlich u.a. mit einem Einbahnregime geregelt. Die Lichtstärke der Beleuchtung wird nach den geltenden Vorschriften berechnet.

Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, dem Verpflichtungskredit von Fr. 310'000.– für die letzte Etappe zuzustimmen. Die CVP-Fraktion schliesst sich diesem Antrag an.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Daniel Blaser. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

Bettina Hänny (CVP): Die Fraktionen der CVP, EVP und BDP sind mit dieser Vorlage einverstanden und werden ihr zustimmen. Jedoch vermischen wir etwas: An der letzten Sitzung haben wir den Kommunalen Gesamtplan Verkehr (KGV) gutgeheissen. Dabei wurde von mehreren Seiten gefordert, dass der KGV aber auch genutzt wird. Das momentane Leitbild und die Legislaturziele sehen die Förderung des Langsamverkehrs vor. Wir vermischen in dieser Vorlage, dass (obwohl neue Fahrradmarkierungen im Plan eingezeichnet wurden) im Text nicht darauf eingegangen wird. Wir schlagen vor, bei sämtlichen Verpflichtungskrediten im Strassenbereich einen Abschnitt betreffend KGV einfließen zu lassen. Es ist uns bewusst, dass es bisher nie der Fall war und es ein neues Konzept wäre. Wir werden aber später dazu noch einen Antrag stellen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Bettina Hänny. Gibt es weitere Wortmeldungen? Falls keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 23. Oktober 2019 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat stimmt der Sanierung und Verstärkung der Ringstrasse West, Abschnitt General Herzog-Strasse bis Aarauerstrasse, zu und bewilligt für die

Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von Fr. 310'000.–, zusätzlich teuerungsbedingter Mehrkosten.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 13. Januar 2020 ab.

5 Lenzburg21; Planungskredit

Sprecher der GPFK ist GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Nach meiner Beurteilung ist Lenzburg21 das Projekt, das Lenzburg in den nächsten Jahren beschäftigen wird. Es kann nicht mit einem Schulhausumbau oder einer Strassensanierung verglichen werden. Wir haben uns in der GPFK intensiv damit auseinandergesetzt und mussten eingestehen, dass eine Sitzung nicht ausreicht, da die Fragen an der ersten Sitzung vom Stadtrat nicht in der Qualität beantwortet wurden, wie wir es uns wünschten. Deshalb musste eine zweite Sitzung einberufen werden. Die zweite Sitzung dauerte über drei Stunden und das komplexe Geschäft wird noch einiges zu diskutieren geben.

Die GPFK steht hinter dem Vorhaben Lenzburg21 und hat dieses auch nie in Frage gestellt. Wir mussten jedoch die Vorlage und das geplante Vorgehen sehr kritisch hinterfragen. Die Vorlage hat Fragen aufgeworfen, die bis heute noch nicht zur vollsten Zufriedenheit der GPFK beantwortet werden konnten, obwohl mehrere Personen beigezogen wurden, die in das Projekt involviert sind. Wir verstehen bis heute die Hektik nicht, die der Stadtrat dem Projekt auferlegt. Die Argumente des Stadtammanns haben Antworten enthalten, die für uns nachvollziehbar sind. Trotzdem bestehen noch Aspekte, die offen bleiben und für uns nicht nachvollziehbar sind. Es ist richtig, dass ein möglicher Leerstand des Hünenwadelhauses auch Betriebskosten und Mietaufwände nach sich zieht. Der Stadtrat konnte oder wollte den Betrag jedoch nicht offenlegen.

Abgesehen von den offen gebliebenen Fragen hat uns die Art und Weise der Rekrutierung des Projektleitungsteams befremdet. (Ich bin auch erstaunt, dass der Projektleiter heute Abend nicht unter den Besuchern ist. Scheinbar sind unsere Beratungen zu wenig wichtig). Der Stadtrat hat für das Projekt drei Männer zu einem Tagessatz von bis zu Fr. 2'000.– verpflichtet, ohne im Vorfeld ein Evaluationsverfahren, das eingesehen werden kann, durchzuführen. Die drei Herren, obwohl sie organisatorisch zusammenarbeiten, mussten in Einzelfirmen gegliedert werden, damit die Schwelle von Fr. 150'000.– nicht überschritten wird und dadurch auf ein Submissionsverfahren verzichtet werden konnte. Die Frage, ob für die nächsten Phasen eine Evaluation durchgeführt

wird, wurde damit beantwortet, dass man die aktuellen Mandatsverhältnisse durch obligationenrechtliche Anstellungen ersetzen werde.

Für die Phasen 2 und 3 (wenn die Reserve von Fr. 15'000.– dazugezählt wird) kommt man auf Kosten von Fr. 565'000.–. Kommen noch die bereits gebrauchten Fr. 204'000.– dazu, erhält das Projektleitungsteam für ein Jahr Einsatz Fr. 769'000.–. Auf eine Person umgerechnet ergibt dies eine Gage von Fr. 256'000.–. Eine stolze Gage für die drei Herren!

Ein weiterer störender Punkt, den wir am Rande noch von Peter Baumli erfahren haben, ist, dass die Vorlage bereits von der Lösung ausgeht, dass das Projektleitungsteam im Anstellungsverhältnis ab Phase 2 engagiert wird. Dies wird nirgends festgehalten.

In der ersten GPFK-Sitzung vom 28. November 2019 haben wir aufgrund der unvollständig beantworteten Fragen mit 8 Stimmen, bei einer Enthaltung, beschlossen, dem Einwohnerrat einen Rückweisungsantrag zu stellen. Der Stadtrat hat uns dann gebeten, nochmals eine Chance zu erhalten, um das Geschäft besser vertreten zu können oder um Fragen, die an der ersten Sitzung nicht beantwortet werden konnten, nochmals zu beantworten. Peter Baumli und das Projektleitungsteam konnten einen Teil der Fragen beantworten. Sie erklärten das Projekt viel detaillierter als es in der Vorlage beschrieben wird. So konnten gewisse Unklarheiten behoben werden. Es kamen auch wichtige Fragen an die Oberfläche. Mich und die GPFK erstaunte, dass offen zugegeben wurde, dass die übergeordneten Prozesse der Stadtverwaltung Lenzburg noch in keiner Form dokumentiert sind, obwohl wir dies seit Jahren fordern und uns immer wieder gesagt wurde, dass alles dokumentiert sei. Lediglich die Prozesse innerhalb der Abteilungen sind vorhanden.

An der zweiten Sitzung (nachdem der Stadtrat gegangen war) haben wir zwei mögliche Optionen diskutiert: Rückweisung oder "Durchwinken". "Durchwinken" konnten wir aus Überzeugung nicht und bei einer Rückweisung war uns bewusst, dass der ambitionöse Terminplan des Stadtrats nicht eingehalten werden kann. Wir suchten einen Weg, der uns erlaubte, die Faktoren Zeit und Kosten zu berücksichtigen. Wir sind überzeugt, dass die Leistungen für die Phasen 1 bis 3 durch das Projektleitungsteam zu tieferen Kosten möglich sind. Einerseits könnte das Projektleitungsteam effektiver arbeiten, d.h., die gleichen Leistungen mit weniger Aufwand erbringen oder (falls dies nicht möglich ist) Prioritäten setzen. Man könnte "Mut zur Lücke" anwenden.

Sollte der Einwohnerrat heute dem Geschäft (in welcher Form auch immer) zustimmen, erwarten wir vom Stadtrat, dass die Verträge mit den Beratern so gestaltet werden, dass bei einer Ablehnung des Ausführungskredits im nächsten Frühling oder vor den Sommerferien, keine Löhne mehr bezahlt werden müssen. Also müssen entsprechende Kündigungsmöglichkeiten sichergestellt sein. Mit diesen Überlegungen und nach eingehender Diskussion konnte sich die GPFK einstimmig zu folgendem Änderungsantrag durchringen:

Der Planungskredit soll um Fr. 160'000.– von 1,26 Mio. Franken auf 1,1 Mio. Franken reduziert werden. Die Einsparungen müssen beim Projektleitungsteam erfolgen, indem deren Budget von Fr. 769'000.– auf Fr. 609'000.– inkl. Reserven reduziert wird.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Beat Hiller. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

Corin Ballhaus (SVP): Diese Vorlage erhält von der SVP-Fraktion das Prädikat "ungenügend". Damit zeigt sich auch bereits das grosse Problem der Vorlage. Lehnen wir die Vorlage ab, so könnte man es so verstehen, dass wir gegen eine Modernisierung der Stadtverwaltung sind. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben hier und in der GPFK immer wieder auf die Notwendigkeit von effizienteren Abläufen und einer stringenteren Führung hingewiesen. Es ist bemerkenswert, dass jetzt, wo die Aussicht auf einen Zusammenzug einzelner Abteilungen an einen Ort besteht, der Sinneswandel stattfindet. Zurück zum Corpus Delicti: Ungenügend, da uns Informationen vorenthalten werden. Ungenügend ist die Vorlage auch, weil sie bei uns kein spontanes überzeugtes Ja für ein doch sehr wichtiges zukunftsorientiertes Vorhaben auslöst. Aus unserer Sicht in Sachen Intransparenz und Nichtinformation kaum zu übertreffen. Ich nenne ein paar Beispiele, einige wurden bereits von Beat Hiller genannt.

Können wir aus der Vorlage entnehmen,

- dass das Projektvolumen von 1,26 Mio. Franken nur im Fall des Teilprojekts Bau öffentlich ausgeschrieben wird? Nein.
- wieso der weitaus grösste Budgetposten von Fr. 769'000.– nicht öffentlich ausgeschrieben wird? Nein.
- dass für das Teilprojekt Fachplanung und Betrieb IT-Architektur ein dreiköpfiges externes Projektleitungsteam von der Stadt für die Phase 2 und 3 angestellt wird und dies mit einem unbefristeten Pensum von 80 %? Nein.
- dass im Rahmen einer Vorstudie nur der Ist-Zustand erhoben wurde und/aber nicht wie es normalerweise bei einer Vorstudie der Fall ist, der Ist-Zustand auch analysiert wurde und darauf basierend ein Problemkatalog erstellt und klare Ziele formuliert wurden, was man mit dem Projekt erreichen möchte? Nein.
- dass die sogenannte Vorstudie erst Mitte November abgeschlossen wurde, obwohl in der Vorlage vom 7. November 2019 gesagt wurde, die Vorstudie wurde im Oktober abgeschlossen? Nein.
- dass man bezüglich zentralisierter Stadtverwaltung das Rad neu erfindet oder ob man Erfahrungen anderer Gemeinden, welche den gleichen Prozess durchliefen, einbezieht? Nein.
- ob der Stadtrat eine Luxuslösung, einen soliden Mittelweg oder eine "M-Budget-Lösung" anvisiert? Nein.

All diese Intransparenz und Nichtinformationen sind wirklich nicht geeignet, uns zu überzeugen, dass die 1,26 Mio. Franken gut investiert sind und die gewünschten Ergebnisse bringen. Sie sind auch nicht dazu da, uns den Eindruck zu vermitteln, dass der Stadtrat dem Projekt gewachsen ist und den selbst-aufgelegten Fahrplan einhalten kann. Es wird Sie nicht erstaunen, dass die Vorlage, weder der Änderungsantrag noch die Vorlage an sich, die Mehrheit der Fraktion gefunden hat. Dies hat einzig und allein mit der Vorlage zu tun und nicht mit dem Vorhaben.

Raphael Rudolf (BDP): Auch unsere Fraktionsgemeinschaft CVP, EVP und BDP hat das Thema ebenso hitzig diskutiert wie die GPFK. Wir erachten das Projekt Lenzburg21 als eine geniale Idee. Alles zentral an einem Ort vorzufinden, ergibt neue Möglichkeiten. Der Standort Hünenwadelhaus ist zudem optimal.

Bei diesem Projekt sollte man auch mit dem Gedanken spielen, Tools zu verwenden, die in der Wirtschaft bereits Standard sind. Uns hat es extrem erstaunt, dass man mit dem Analysieren und Dokumentieren von Prozessen erst jetzt beginnen möchte oder dass diese noch nicht über alle Bereiche standardisiert sind. Beginnt man jetzt Prozesse und Abläufe zu analysieren, dokumentieren, standardisieren, optimieren und kontrollieren, so sind wir der Meinung, dass man sich eine Zertifizierung überlegen sollte, bspw. ISO 9001 oder ähnlich. Der Aufbau eines Qualitätsmanagementsystems mit einer externen unabhängigen Stelle, die einmal im Jahr prüft, bringt ein Unternehmen aus der Wirtschaft weiter. Wieso nicht auch eine Verwaltung? Auch im Namen der EVP und CVP möchte ich sagen, dass wir die Vorlage - unter Berücksichtigung des Änderungsantrags der GPFK - unterstützen werden.

François Kuhlen (FDP): Meine Vorredner haben das Meiste bereits berichtet. Auch in der FDP haben wir vor der ersten Sitzung der GPFK das Thema sehr ausführlich diskutiert. Zu diesem Traktandum hatte ich ungefähr acht bis neun Diskussionsstunden. Einige Fragen, wie bereits gehört, sind immer noch unbeantwortet geblieben. Unbeantwortet, obwohl in unserer Fraktion zwei Stadträte anwesend waren. Im Wesentlichen ist es der Umfang der Beratungsdienstleistungen (die nicht ausgeschrieben wurden), das Vertragskonstrukt und die fehlenden Angaben über die bisherigen Resultate (die für Fr. 200'000.– bereits erbracht wurden). Zudem wurde die geplante IT-Lösung nie behandelt. Unsere Fraktion hat damals entschieden, mit dem Entscheid zuzuwarten, bis die GPFK beraten hat. Ich möchte auch für die FDP-Fraktion klarstellen, dass wir die Ziele von Lenzburg21 unterstützen. Wir erachten es als ein wichtiges, wenn nicht das wichtigste Projekt in nächster Zukunft für die Stadt, ihre Bürger, Bürgerinnen und Mitarbeitenden. In Zukunft benötigt die Stadt eine effiziente, kundenorientierte und digitalisierte Verwaltung. Das Problem, weshalb so lange diskutiert wurde, ist das Spannungsfeld zwischen Rückweisung oder Annahme einer mangelhaften und intransparenten Vorlage. Die Variante Rückweisung hat

grosse Konsequenzen auf das Projekt in Bezug auf Zeit, Kosten und Mitarbeiterzufriedenheit. Die Variante Annahme wäre, wie der Kauf einer Blackbox. Hier kam mir Forrest Gump in den Sinn, als er sagte: "Life is like a box of chocolates, you never know what's inside". Das Kernproblem ist: Wir haben die Wahl zwischen zwei unbefriedigenden Varianten. Keine dieser Varianten kann man mit gutem Gewissen unterstützen.

Nach zweieinhalb Stunden Diskussion in der GPFK entwickelten wir diesen Änderungsantrag als im Moment einzig gangbare Lösung für das Dilemma. Ich bin der Ansicht, man kann ohne schlechtes Gewissen dem Änderungsantrag zustimmen, obwohl noch immer ein ungutes Gefühl über die vielen verborgenen Themen besteht, die in der Vorlage nicht beschrieben werden. Mit dem Änderungsantrag könnte hoffentlich die Blackbox aufgeschnürt und der Inhalt für die Legislative, ja sogar für die Exekutive, transparenter werden. Als Teammitglied der GPFK, welche die Lösung erarbeitet hat, unterstütze ich den Änderungsantrag und die FDP-Fraktion wird grossmehrheitlich auch zustimmen.

Yvonne Bernasconi-Stacoff (SP): Die SP-Fraktion ist nach wie vor überzeugt, dass Lenzburg21 ein wichtiges und zukunftsorientiertes Projekt ist. Ein Anliegen - besonders auch aus der Bevölkerung - ist eine kundenfreundliche und schlanke Verwaltungsstruktur an einem zentralen Ort präsentieren zu können, mit dem grossen Vorteil, die einzelnen Bereiche unter einem Dach zu vereinen, Synergien zu nutzen, Dienstwege zu verkürzen und zu vereinfachen. Schlussendlich würde eine erfolgreiche Umsetzung auch bedeuten, in Zukunft die Stadtkasse zu entlasten. Auf der Vorlage zum Planungskredit ist eine Anzahl Zahnräder abgebildet. Diese Darstellung ist nicht funktionstüchtig. Was fehlt ist ein Seitenrad für den Antrieb, um das Gefüge in Bewegung zu bringen. Symbolisch könnte dies für die Menschen stehen, die das Projekt zum Laufen bringen und antreiben müssen. Wie Stadtammann Daniel Mosimann bereits an der Infoveranstaltung festhielt, handelt es sich beim Projekt nicht primär um ein Bauprojekt, sondern um ein Planungsprojekt. Es steht und fällt mit den involvierten Personen, sei es im Planungs-, Projektierungs- oder Umsetzungsbereich. Offensichtlich haben sich aber die Zahnräder bereits in der Anlaufphase ineinander verzahnt und müssen zumindest neu geölt werden. Wir schätzen die Arbeit der GPFK sehr. Vor allem dass sie auch bei diesem Geschäft sehr genau hingeschaut hat. Eine Rückweisung kommt für uns nicht in Frage, weil dadurch hohe und unnötige Kosten generiert würden.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Gibt es weitere Wortmeldungen? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

In einer Eventualabstimmung wird folgendem Änderungsantrag der GPFK mit 27 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen zugestimmt:

Der Planungskredit soll um Fr. 160'000.– von 1,26 Mio. Franken auf 1,1 Mio. Franken reduziert werden. Die Einsparungen müssen beim Projektleitungsteam erfolgen, indem deren Budget von Fr. 769'000.– auf Fr. 609'000.– (inkl. Reserven) reduziert wird.

Alsdann wird gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 30. Oktober 2019 sowie den vorstehenden Änderungsantrag mit 28 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat bewilligt den Planungskredit von 1,1 Mio. Franken für Lenzburg21.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 13. Januar 2020 ab.

6 Bahnhof Lenzburg; Testplanung und Entwicklungsrichtplanung; Planungskredit

Sprecher der GPFK ist Franck Robin (SP): Es geht um die Durchführung der Testplanung und Erstellung eines Entwicklungsrichtplans. Die Testplanung soll nach der funktionalen Studie aufzeigen, was im ausgeschiedenen Perimeter möglich ist, wie beispielsweise die Anordnung der Gebäude, des Busbahnhofs usw. Es werden drei Teams beauftragt, verschiedene Varianten aufzuzeigen. Als Endergebnis wird ein städtebaulicher Richtplan vorliegen. Die GPFK hat zu dieser Vorlage verschieden Fragen gestellt:

1. Wir wollten wissen, ob die Einführung der Seetalbahn in den Bahnhof analog einer Tramführung gestaltet werden kann. Antwort Stadtrat: Für die SBB ist die Seetalbahn eine Eisenbahn und ist nicht wie ein Tram über den Bahnhofplatz zu führen. Die Stadt möchte aber die Variante Tram trotzdem offenlassen. Wir von der GPFK begrüßen dies.
2. Wir haben den rechtlichen Zusammenhang zwischen Testplanung und Revision der Bau- und Nutzungsordnung (BNO) angesprochen. Antwort

Stadtrat: Die BNO-Revision sowie die Testplanung sind eng miteinander gekoppelt. Die Testplanung sollte mit der neuen BNO konform sein. Dies ist auch in der Vorlage, Abschnitt B, rechtliche Kontexte, aufgeführt. Jedoch bleibt die aktuelle BNO momentan rechtlich massgebend. In der aktuell geltenden BNO sind höhere Häuser im Bahnhofperimeter nicht zulässig. Was passiert, wenn die neue BNO abgelehnt würde? Auch dann kann das Testplanungsverfahren durchgeführt werden. Beispielsweise könnte auch mit einer Teiländerung der geltenden Bau- und Nutzungsordnung diese Rechtsgrundlage den Bedürfnissen der Bahnhofplanung angepasst werden.

3. Weiter wollten wir wissen, was für Rechtsmittel vorhanden sind. Antwort Stadtrat: Grundsätzlich gibt es gegen den Richtplan keine Rechtsmittel. Dies sieht natürlich im anschliessenden Gestaltungsplanverfahren etwas anders aus. Dort wird ein Mitwirkungs- und Einwendungsverfahren durchgeführt. Auch im abschliessenden Bau- und Bewilligungsverfahren stehen die entsprechenden Beschwerdemöglichkeiten zur Verfügung.
4. Wir fragten nach, wie die Planungskontinuität der SBB und der Post sichergestellt wird. Antwort Stadtrat: Es ist bekannt, dass es viel Personalwechsel gibt und dies könnte bei den einen oder anderen Punkten wieder zu Diskussionen führen. Die Stadt beabsichtigt, Planungsvereinbarungen mit der SBB und der Post abzuschliessen, durch welche die entsprechende Verbindlichkeit mit den beiden Firmen sichergestellt wird.
5. Als letzten Punkt wurde der beantragte Bruttokredit von Fr. 550'000.– angesprochen. Antwort Stadtrat: Die effektiven Kosten für die Stadt, ohne Berücksichtigung der kantonalen Beiträge, sind Fr. 280'000.–. Wie hoch der Kantonsbeitrag sein wird, kann momentan nicht genauer definiert werden. Klar ist, dass dieser maximal die Hälfte des Beitrags der Stadt beträgt.

Auch die SP-Fraktion unterstützt den Planungskredit. Wir wünschen uns noch, dass Teilaspekte und Anforderungen, die in der Vorlage nach unserer Meinung im Rahmen des Testplanungsverfahrens zu wenig zur Geltung kommen, berücksichtigt werden. Der eine Aspekt ist die Sicherheit im Bahnhofareal sowie auf dem Bahnhofplatz. Diese muss gewährleistet sein. Es ist eine entsprechende Gestaltung des Bahnhofplatzes notwendig, um ein Sicherheitsgefühl zu vermitteln und das "Herumhängen" nicht zu fördern. Wir sehen den Bahnhof auch nicht als Aufenthaltsort. Es soll kein Ort sein, wo das Leben stattfindet, dieses soll nach wie vor in der Stadt sein. Wir wollen beim Bahnhof keine Konkurrenzsituation zur Stadt resp. zum Stadtkern. Hier ist sicherlich bei der Gestaltung des Bahnhofplatzes einiges herauszuholen. Wir wünschen uns auch, dass die Gestaltung des Bahnhofplatzes so realisiert wird, dass der Durchgangsverkehr für Personenwagen möglichst unattraktiv gestaltet wird.

Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, den Planungskredit in der Höhe von Fr. 550'000.– zu bewilligen. Die SP-Fraktion wird dem Kredit auch zustimmen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Franck Robin. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

Markus Thöny (SVP): Bahnhof Lenzburg, ein Generationenprojekt, anders kann man es nicht nennen. Der Bahnhof beschäftigt den Stadtrat und uns Einwohnerräte schon sehr lange. Da wir viele jüngere, vor allem amtsjüngere Ratsmitglieder haben, erlaube ich mir einen kurzen Blick zurück, damit sie sehen, wie lange dieses Projekt schon dauert.

An der Sitzung vom 25. Juni 2009 hat der Einwohnerrat einstimmig für die Durchführung eines Projektwettbewerbs für die Neugestaltung des Bahnhofplatzes Lenzburg einen Kredit von brutto Fr. 230'000.– beschlossen. Bereits damals hat der Sprecher der SVP darauf hingewiesen, dass "vorwärts gemacht" werden sollte. Im gleichen Votum hat die SVP erstmals erwähnt, dass eher auf Praktisches des Bahnhofs Wert gelegt werden sollte als auf Architektonisches.

An der Einwohnerratssitzung vom 31. Mai 2012 wurde die Vorlage "Bahnhofplatz Lenzburg, Projektierung der Neugestaltung des Bahnhofplatzes Lenzburg" (Bewilligung eines Verpflichtungskredits) beraten. Damals hat sich Aussergewöhnliches zugetragen. Der Stadtrat hat nach einer intensiven Beratung und nach unzähligen Voten aus allen Fraktionen seinen Antrag für den Verpflichtungskredit zurückgezogen. Genau diese Sitzung ist in der heutigen Vorlage (Absatz 3) erwähnt. Nicht erwähnt wird, warum der Stadtrat die Vorlage zurückgezogen hat. Mit dem Rückzug wollte der Stadtrat einer absehbaren Rückweisung vorbeugen. Die bürgerlichen Fraktionen machten klar, dass sie dem Geschäft so nicht zustimmen würden. Im Mai 2012 hat der Sprecher der SVP erwähnt, dass auf Dächer mit teuren Dachformen aus Kostengründen zu verzichten sei und dass einfachere und funktionelle Varianten gefragt sind.

Nun schauen wir aber nach vorne und machen es den Lokomotiven unserer SBB gleich. Wir gehen mit voller Kraft voran, wird uns das Projekt doch die nächsten zehn Jahre noch begleiten. Ich gehe davon aus, dass einige Stadt- und Einwohnerräte bei der Eröffnungszeremonie nicht mehr im Amt sein werden.

Heute sprechen wir über die Testplanung und den Entwicklungsrichtplan in der aktuell fortgeschrittenen Phase. Obwohl wir noch keine finanziellen Mittel gesprochen haben, kann ein erneuter Ausstieg oder sogar Stopp der SBB hoffentlich gänzlich ausgeschlossen werden. Wir denken, der SBB ist die Sicherheit der Reisenden auf den Perrons und den Gleisanlagen zu wichtig geworden. Wie in unserer Vorlage eindrücklich aufgelistet ist, geht es beim Projekt längst um viel mehr als um die Planung des Bahnhofplatzes. Die Einführung der Seetalbahn, die Personenzugänge zu den Perrons, das Aufnahmegebäude, der Busbahnhof, sowie die Thematik der Fahrradabstellplätze, der Taxis, des Park & Rail, sind praktisch schon einzelne Projekte für sich. Alle müssen ineinander fließen und aneinander vorbeikommen. Ein sehr

umfangreiches und wahrlich komplexes Projekt, das vor grossen Herausforderungen steht. Mittlerweile richtet sich der Blick vom ARCMALA-Haus im Osten bis zur Halle der Firma Schwarz Stahl AG im Westen. Dass der Stadtrat auch mit unseren Nachbargemeinden Staufen und Niederlenz im Gespräch ist, begrüsst die SVP-Fraktion. Es freut uns ausserordentlich, dass die Verlegung des Bushofs auf die Westseite des heutigen Bahnhofs Realität werden soll, da dies bereits 2012 vom ehemalige SVP-Einwohnerrat Erich Renfer gefordert wurde.

Selbstverständlich sprechen wir auch heute über Geld. Die Stadt Lenzburg übernimmt vorerst die gesamten Kosten der Testplanung von Fr. 550'000.–. Die Stadt erhält von den Projektpartnern SBB, Post und Kanton Aargau je Fr. 90'000.– zurück. Die SVP-Fraktion dankt den genannten Partnern für die Bereitschaft, sich zu gleichen Teilen an den Planungskosten und am Kommunalen Entwicklungsrichtplan zu beteiligen. Zur Erinnerung: Es haben nicht alle Partner den gleichen Nutzen aus der Planung. An den weiteren Kosten von Fr. 190'000.–, welche sich aus der Projektorganisation, der juristischen Begleitung und der Pflege der Webseite zusammensetzen, soll sich der Kanton mit einem Zitat "mittleren fünfstelligen Betrag" beteiligen. Eine ähnliche Zusage (aber nicht vom Kanton Aargau) bekamen wir bereits schon einmal. Diese hat sich dann ziemlich relativiert. Gehen wir davon aus, dass wir der aktuellen Zusage vertrauen können. Summa summarum soll es den Steuerzahler von Lenzburg letztendlich Fr. 280'000.– kosten. Sie spüren, die SVP möchte bereits heute die Finanzen des "Megaprojekts" unter bester Obhut wissen, sind es doch grösstenteils die Steuergelder unserer Bürger, die verwendet werden, um den Bushof und die Bahnhofplatzgestaltung zu realisieren. Wir erwarten daher eine Umsetzung der Bauprojekte unter besonderer Beachtung der Sicherheit für die Benutzer. Ich möchte es nochmals, wie meine Vorredner in den Jahren 2009 und 2012, erwähnen, dass wir nur einer "schnörkellosen" Umsetzung der Bauten, ohne Segel oder Wolkendächer, zustimmen werden. Der Nutzen muss klar im Vordergrund stehen und nicht das Design.

Die SVP-Fraktion steht hinter der aktuellen Vorlage für das hochkomplexe Projekt. Wir sehen die Wichtigkeit der heutigen Zustimmung durch den Einwohnerrat. Ein geplanter Baustart der Gleisanlagen im Jahr 2024 erachten wir als notwendig, um das Gesamtprojekt in einem straffen Zeitrahmen umsetzen zu können. Einmal mehr, mit voller Kraft voraus; nehmt die Testplanung umgehend in die Hand! Für die Einhaltung der Termine haben wir übrigens ein prominentes Vorbild, liegt doch die Grossbaustelle Neuhofkreuzung/Hornerfeld massiv vor dem offiziellen Zeitplan. Es wäre toll, wenn auch die SBB schneller aber auch günstiger bauen könnte.

Daniel Frey (EVP): Wer kennt nicht die unendliche Geschichte des Bahnhofs Lenzburg oder den Werbespot eines Fussballtrainers "Ist schon Weihnachten?" Es kommt mir ein wenig so vor. Oder kommt der Sank Nikolaus und zaubert uns den Bahnhof zum Sack heraus? Besser gesagt, was lange währt, wird

endlich gut. Das Bahnhofprojekt beschäftigt uns sicher schon zwei Jahrzehnte. Nun haben wir von der SBB ein Zeichen erhalten. Wir können endlich "Nägel mit Köpfen" machen. Wir haben in der Agglomeration Lenzburg, die sehr attraktiv zum Wohnen ist, ein sehr grosses Verkehrsaufkommen und sind Drehscheibe im öffentlichen Verkehr. Der Umbau (Unterführung, Bahnhofgebäude) ist dringend nötig.

Es wird ein neues Zentrum entstehen. Damit sind Risiken und Chancen verbunden. Die Risiken müssen im Auge behalten werden. Für uns ist wichtig, dass das Gewerbe in der Stadt miteinbezogen wird. Man muss Lösungen finden, damit das Zentrum, das beim Bahnhof entsteht, mit dem Zentrum der Stadt kooperiert. Es bringt nichts, wenn die Altstadt, die uns am Herzen liegt, zugrunde gehen würde.

Die EVP unterstützt den Kredit. Das Projekt ist eine gute Sache, auch für die nächste Generation.

Christina Bachmann-Roth (CVP): Danke für den freundlichen Empfang hier im Einwohnerrat. Ich spreche im Namen der CVP- und der BDP-Fraktion, die dem Projekt ebenfalls zustimmen. Wir erachten es als wichtig, dass die Altstadt weiterhin das Zentrum bleibt und über gute Zugänge verfügt. Gleichzeitig ist es aber auch wichtig, einen attraktiven Bahnhof zu besitzen, in welchem man sich sicher fortbewegen kann.

Wir empfehlen aber, dass dem Beurteilungsgremium keine Personen angehören, die auch auf der operativen Ebene in der Projektkoordination tätig sind. Es hat nichts mit den Mitgliedern zu tun und ist nichts Persönliches. In diesem Fall betrifft es die Herren Daniel Bucco sowie Martin Stücheli. Wobei man sagen muss, dass Stadtrat Stücheli dem strategischen sowie dem operativen Gremium angehört. Es handelt sich um eine Empfehlung, da wir es als wichtig erachten, dass die operative Ebene von der strategischen Ebene getrennt wird, damit nicht dieselben Personen die operative Arbeit beurteilen. Weiter möchten wir empfehlen, dass anstelle eines Herrn eine zusätzliche Frau ins Beurteilungsgremium geholt wird. In sämtlichen Gremien sind die Frauen nicht oder nur mit einem einzelnen Mitglied vertreten.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Wird das Wort weiterhin gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zu Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 6. November 2019 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat bewilligt für die Durchführung eines städtebaulichen Testplanungsverfahrens und die Erarbeitung eines städtebaulichen Entwicklungsrichtplans den Planungs-Bruttokredit in der Höhe von Fr. 550'000.– (inkl. Reserve und MwSt. und zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten).

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 13. Januar 2020 ab.

7 Umbau und Erweiterung Schulhaus Lenzhard sowie Umbau und Erneuerung des Schulhauses Bleicherain; Kreditabrechnung

Sprecher der GPFK ist François Kuhlen (FDP): Franck Robin und ich haben in zwei Sitzungen à je 2 Stunden diese Kreditabrechnung geprüft, pro Schulhaus ungefähr 400 Belege. Die Vorbereitung für die Einwohnerratssitzung hat viel Zeit in Anspruch genommen. In der Vorlage muss eine Korrektur auf Seite 3 (Tabelle 2, Schulhaus Lenzhard, BKB 1 Trakt. A, Erweiterung) angebracht werden. Hier hat sich ein Schreibfehler eingeschlichen. Dort müssten Fr. 251'327.– und nicht Fr. 25'327.– aufgeführt sein.

Wir haben bei der Prüfung der Belege festgestellt, dass die Schlussrechnung der Architekten für das Schulhaus Bleicherain Fehlbeträge enthielt. Der angegebene Restbetrag, der bezahlt werden musste, war jedoch korrekt. Ein Dokument mit Fehlbeträgen kann aber aus unserer Sicht nicht als Schlussrechnung akzeptiert werden. Zumal es auch in dieser Form nicht visiert war. Nach Aufforderung hat uns Marc Lindenmann die korrekte Schlussrechnung zugestellt. Ich erwarte, dass solche Fehler nicht von uns entdeckt werden müssen, insbesondere nicht auf Dokumenten, die kein Visum enthalten.

Zu den Mehrkosten: Es gibt solche, die nicht erwartet werden konnten, aber zwingend notwendig waren und sicher Sinn machen. Dies sind hier die zusätzlichen baulichen Massnahmen, die zur Folge hatten, dass die elektrische Installation komplexer und teurer wurde. Weiter wurde eine Dachsanierung notwendig. Für eine Lüftung musste das Dach geöffnet werden. Erst zu diesem Zeitpunkt stellte man einen Wasserschaden fest und dass das Dach saniert werden musste. Weiter wurden zusätzliche Wünsche erfüllt. Diese waren jedoch sinnvoll, aber so sinnvoll, dass sie eigentlich bereits im Verpflichtungskredit hätten berücksichtigt werden müssen. Es betrifft hier das neue Schulmobiliar, das auf Antrag oder Wunsch des Schulleiters im Nachtrag bewilligt

wurde. Ein Posten, der aus praktischen und pragmatischen Gründen zwingend in die Kreditvorlage gehört hätte, ist die Sanierung der Stützmauer. Diese Arbeiten wurden in einer Nacht- und Nebelaktion vom Stadtrat bewilligt und die GPFK post factum darüber informiert.

In einer Besprechung mit Daniel Käppeli, Abteilung Immobilien, wollten wir erfahren, was die erwähnten Rückstellungen von Fr. 177'578.60 bedeuten. Dies sind Forderungen eines Subunternehmers und einer Bank. Ein von der Stadt beauftragtes Unternehmen wurde zahlungsunfähig und konnte das von ihm beigezogene Subunternehmen deshalb nicht bezahlen. Aufgrund dessen hat das Subunternehmen seine Forderungen bei der Stadt geltend gemacht. Der Fall ist noch hängig und somit ist die Rückstellung an sich berechtigt. Ich erwarte, dass man in Zukunft die Zahlungsfähigkeiten der Lieferanten prüft und allenfalls nicht mehr erlaubt, Subunternehmen beizuziehen.

In der GPFK Sitzung blieb noch eine Frage offen: Kollege Daniel Blaser stellte die Frage, wofür der Überschuss der Reserve (Schulhaus Lenzhard) von Fr. 340'000.– verwendet wurde. Laut Protokoll der GPFK wird eine Antwort bis zur heutigen Einwohnerratssitzung in Aussicht gestellt. Diese ist noch offen. Die GPFK hat dem Stadtrat den Wunsch geäußert, dass bei so grossen Bauvorhaben mehr Transparenz über die Mehr- und Minderkosten aufgezeigt wird. Die GPFK empfiehlt einstimmig, die Annahme dieser Kreditabrechnung. Die FDP-Fraktion wird auch einstimmig zustimmen.

Daniel Blaser (CVP): Wir stimmen heute über die Kreditabrechnung für den Umbau und die Erweiterung der Schulanlagen Lenzhard und Bleicherain ab. Ich möchte mich für die übersichtlichen Tabellen bedanken, in welchen die BKP's aufgeführt sind. Dadurch können gute Vergleiche zwischen den bewilligten Beträgen und der effektiven Abrechnung gemacht werden. Für die Umbauten und Erneuerungen wurde ein Kredit von rund Fr. 27'282'000.– bewilligt. Die Rechnung schliesst mit rund Fr. 27'497'000.–. Die Arbeiten konnten ca. Fr. 1'195'000.– unter dem berechneten Betrag vergeben werden. Ich habe in der Begleitkommission Gründe für die nicht geplanten Investitionen gehört und konnte sie auch nachvollziehen. In Anbetracht der Beträge auf dem "Reservekonto" fiel es niemandem schwer, Anschaffungen, wie z.B. von Schulmobiliar zuzustimmen. Dass aber dann erst an der letzten Sitzung, praktisch am Ende der Bauarbeiten, die Stützmauer (mit Löchern und sichtbaren Armierungseisen), die für Fr. 432'000.– saniert werden sollte, angesprochen wurde, konnten einige Kommissionsmitglieder nicht nachvollziehen. Die Kommission stimmte dem Antrag einstimmig zu, da es Sinn machte, die Arbeiten nicht erst ein Jahr später auszuführen. Nochmals eine Baustelle einzurichten, hätte zu höheren Kosten geführt. Ohne Vergabeerfolg hätte die Kreditabrechnung mit einer Überschreitung von ca. Fr. 1'327'000.– (anstelle von Fr. 214'000.–) abgeschlossen.

Ich würde es begrüßen, wenn bei grösseren Projekten in Zukunft in der Abrechnung aufgeführt wird, wieviel mit einer Vergabe eingespart werden

konnte und für was die Einsparungen allenfalls eingesetzt wurden. Man sieht bei diesem Projekt klar, dass es grosse Abweichungen geben kann. Materialpreise, Auftragslage, Konkurrenz, Jahreszeit, alles kann eine Rolle spielen. Bei kleinen Projekten, die von einem einzelnen Auftragnehmer ausgeführt werden, weiss meiner Meinung nach die offerierende Firma anhand des gesprochenen Verpflichtungskredits genau, was es kosten darf. Bei grossen Bauvorhaben sind die einzelnen Positionen für die offerierenden Firmen nicht ersichtlich. Die CVP stimmt der Kreditabrechnung einstimmig zu.

Franck Robin (SP): Wir haben über die Zahlen gesprochen, nun können wir aber auch über das Resultat sprechen. Ich bin der Meinung, wir haben für das Geld ein tolles Ergebnis/Resultat erhalten. Beide Schulanlagen sind genial geworden. Ich freue mich, Michael Häusermann, die nächsten Jahre hier in der Aula zu tagen.

Stadtmann Daniel Mosimann: Die von Daniel Blaser angesprochene Stützmauer ist eine hypothetische Geschichte. Die Kostenberechnung wurde immer nachgeführt und war für die Bau- und die Begleitkommission immer ersichtlich. Einsparungen, Vergabeerfolge und Kostenüberschreitungen wurden laufend aufgezeigt. Der von François Kuhlen erwähnte Sachverhalt bezüglich Subunternehmen war eine sehr unangenehme Überraschung. Tatsächlich müssen wir bei anderen Vorhaben darauf achten, wie die Regelungen mit den Unternehmen und in den Werkverträgen sind.

Zur Frage betreffend Verwendung der ausgewiesenen Reservegelder: In der Kostenkontrolle vom Juni 2016 wurde eine Reserve von Fr. 320'000.– ausgewiesen. Heute, 6. Dezember 2019, liegt die Bauabrechnung vor. Bei der Schulanlage Lenzhard ist noch eine Reserve von Fr. 12'000.– vorhanden. Blicken wir nochmals zurück: Im Juni 2016 hatte man einen aktuellen Kostenvoranschlag von Fr. 8'950'000.–. Zahlungen über 3,8 Mio. Franken wurden ausgelöst, somit waren rund 5 Mio. Franken an Zahlungen noch offen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Wenn nicht, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 30. Oktober 2019 wird mit 33 Ja-Stimmen, gegen 1 Nein-Stimme,

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Abrechnung über die Verpflichtungskredite für die Planung und Projektierung für den Umbau und die Erweiterung der Schulanlage Lenzhard, sowie den Umbau und die Erneuerung des Schulhauses Bleicherain, schliessend mit Aufwendungen in der Höhe von Fr. 27'497'465.20.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 13. Januar 2020 ab.

8 Regenkklärbecken Unterdorf, Niederlenz; Kreditabrechnung

Sprecher der GPFK ist Franck Robin (SP): François Kuhlen und ich haben die Kreditabrechnung geprüft. Der Umfang der Prüfung war nicht so gross, mussten wir doch nur 3 Rechnungen der Gemeinde Niederlenz prüfen, da dieses Projekt von unserer Nachbargemeinde abgewickelt wurde. Wir haben mit unseren Kollegen der Finanzkommission von Niederlenz Kontakt aufgenommen. Sie konnten bestätigen, dass das Geschäft korrekt abgewickelt wurde und alle Belege richtig gebucht worden sind.

Zu diesen drei Rechnungen muss jedoch vermerkt werden, dass zum Zeitpunkt der Prüfung lediglich zwei vollständig visiert und gebucht waren. Die dritte Rechnung mit Datum vom 8. November 2019 ist mittlerweile auch korrekt im System eingetragen. Ein Auszug des Kontos liegt uns vor. Aufgrund von Unstimmigkeiten bezüglich Aufschlüsselung der Mehrwertsteuer mussten noch Korrekturen und Umbuchungen vorgenommen werden. Dass Fehler entdeckt werden, ist grundsätzlich positiv zu werten. Es zeigt, dass das Controlling innerhalb der Stadt funktioniert. Wir haben volles Verständnis, dass der Stadtrat das über acht Jahre alte Geschäft nun abschliessen wollte. Dass es jedoch dem Einwohnerrat zur Genehmigung unterbreitet wird, bevor eine geprüfte und visierte Schlussrechnung vorliegt, sorgte schon für etwas Unmut innerhalb der GPFK. Wir fragten uns, warum eigentlich diese Hektik? Wir bitten den Stadtrat ausdrücklich, in Zukunft nur Geschäfte in den Einwohnerrat zu geben, die ordentlich operativ abgeschlossen sind. Der Stadtrat hat uns versichert, dass zukünftig darauf geachtet wird und dies nicht mehr vorkommen soll.

Einstimmig empfiehlt die GPFK, nachdem alle Belege korrekt gebucht sind, dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung Anteil Stadt Lenzburg für den Neubau des Regenkklärbeckens Unterdorf zu genehmigen. Die SP-Fraktion wird die Kreditabrechnung auch genehmigen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Franck Robin. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 30. Oktober 2019 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung (Anteil Stadt Lenzburg) für den Neubau des Regenklärbeckens Unterdorf, schliessend mit Aufwendungen von brutto Fr. 711'844.–.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 13. Januar 2020 ab.

9 Anfrage "Hindernisfreie Bushaltestelle"; Beantwortung Stadtrat

Martin Stücheli: An der Einwohnerratssitzung vom 31. Oktober 2019 reichte die SP Einwohnerratsfraktion Fragen zum Thema hindernisfreie Bushaltestellen ein:

Einleitung

Auf dem Gemeindegebiet von Lenzburg befinden sich 26 Bushaltestellen mit 55 Bushaltekanten. Davon befinden sich auf Kantonsstrassen 9 Bushaltestellen (18 Bushaltekanten), auf Gemeindestrassen 16 Bushaltestellen (29 Bushaltekanten) und am Bahnhof eine Bushaltestelle (8 Bushaltekanten).

Die Bushaltekanten auf den Gemeindestrassen werden von der Stadt Lenzburg auf eigene Kosten geplant und umgebaut. Die Bushaltekanten auf Kantonsstrassen werden vom kantonalen Departement Bau, Verkehr und Umwelt geplant und umgebaut. Die Kosten werden gemäss Kantonsstrassendekret auf Kanton und Stadt verteilt. Die Bushaltekanten am Bahnhof werden im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnhofs Lenzburg neu erstellt.

Frage 1: Mit welchen Kosten ist für die Anpassung an die Erfordernisse der Behindertengerechtigkeit bei durchschnittlichen Bushaltestellen zu rechnen?

Pro Bushaltekante ist mit Anpassungskosten von rund Fr. 100'000.– zu rechnen. D.h., die Anpassung einer Bushaltestelle mit zwei Haltekanten kostet mindestens Fr. 200'000.–.

Kanton und Stadt streben an, dass die Bushaltekanten aus Kostengründen im Zusammenhang mit Strassensanierungs- bzw. Strassenausbauprojekten realisiert werden.

Frage 2: Wie viele Haltestellen müssen (noch) angepasst werden?

Von den 29 Bushaltekanten auf Gemeindestrassen sind bereits 8 Kanten umgebaut worden. 6 Kanten sind im Zusammenhang mit Projekten in Planung.

Von den 18 Bushaltekanten auf Kantonsstrassen sind 2 Kanten behindertengerecht. 14 Kanten sind in die Strassenprojekte des Kantons eingeflossen. Für zwei Kanten wird zurzeit ein separates Projekt ausgearbeitet.

Die Bushaltekanten beim Bahnhof sind noch nicht projektiert.

Frage 3: Wie beurteilt der Stadtrat die Möglichkeit, die hindernisfreie Benutzung des öffentlichen Verkehrs über eine Umrüstung der Fahrzeuge zu bewerkstelligen? Dies auch im Hinblick auf eine spätere Erweiterung des Liniennetzes mit neuen oder der Verlegung bestehender Haltestellen?

Die heutigen Busse verfügen über das sogenannte "Kneeling" und über ausklappbare Rampen. Mit dem "Kneeling" und der Rampe ist ein behindertengerechter Einstieg bei einer Kantenhöhe von 16 cm möglich. Das Ausklappen der Rampe durch den Buschauffeur zieht jedoch einen Zeitverlust mit sich und sollte daher vermieden werden.

Eine weitergehende Umrüstung der bestehenden Fahrzeuge ist nicht möglich. Die Anpassungen im Bereich der Türen würden einen massiven Eingriff in die Tragstruktur des Fahrzeugs erfordern. Zudem würden innerhalb des Fahrzeugs Niveaudifferenzen (Rampen) entstehen, welche die Behinderten nicht selbstständig bewältigen können.

In der Schweiz und dem nahen Ausland hat sich unterdessen eine Kantenhöhe von 22 cm als Standard durchgesetzt. Die Fahrzeugindustrie passt nun die Fahrzeuge dementsprechend an, so dass beim Einstieg möglichst geringe Spaltmasse bzw. Höhenversätze entstehen.

Der Stadtrat und die Abteilung Tiefbau & Verkehr gehen zum heutigen Zeitpunkt davon aus, dass alle Bushaltestellen zumindest mit einer 16 cm hohen Haltekante oder einer teilweisen Erhöhung auf 22 cm ausgestattet werden können.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Hinsichtlich Anfragen haben wir (sicher auch mein Nachfolger, Sven Ammann) den Wunsch, dass jeweils Anfragen, Motionen, etc. vor Beginn der Sitzung abgegeben werden, sodass diese kopiert und rechtzeitig ausgeteilt werden können, damit die Anfragen nicht vorgelesen werden müssen.

10 Umfrage

Neuvergabe Pachtverträge für landwirtschaftliche Flächen

Adrian Höhn (GLP) reicht die Anfrage der Einwohnerratsfraktion der GLP Lenzburg vom 4. Dezember 2019 betreffend "Neuvergabe Pachtverträge für landwirtschaftliche Flächen" ein und erörtert diese. Bezüglich Inhalt wird auf den Text der Anfrage unter "Neueingänge" verwiesen.

Sicherheit Langsamverkehr

Christina Bachmann-Roth (CVP): Uns ist es wichtig, dass sich auf den Strassen in Lenzburg Fahrzeuge (Fahrräder und Autos) sicher bewegen können. Wir möchten vom Stadtrat wissen, ob er bereit ist, bei zukünftigen Einwohnerratsvorlagen im Strassenbereich auch jeweils einen Abschnitt über die Verkehrssituation für den Langsamverkehr zu integrieren. Wir vertreten die Meinung, dieser Abschnitt sollte eine Analyse der Lage beinhalten sowie eine Begründung eines allfälligen Entscheids für oder gegen eine Massnahme für den Langsamverkehr. Beispiel: Warum hat man sich gegen einen Radstreifen entschieden, jedoch für eine Abbiegehilfe?

Stadtrat Martin Stücheli: Dem Stadtrat ist es natürlich auch ein sehr grosses Anliegen, dass die Sicherheit der Fahrradfahrer gewährleistet wird. Ich werde Massnahmen und Möglichkeiten mit Christian Brenner, Abteilungsleiter Tiefbau

und Verkehr, besprechen und die Anfrage zu einem späteren Zeitpunkt ausführlich beantworten.

Gleichgeschlechtliche Eltern / Ehe für alle

Bettina Hänny (CVP): Es ist mir persönlich ein Anliegen, ein Thema anzusprechen, das Lenzburg eine hohe Medienpräsenz beschert hat. Es geht um die beiden homosexuellen Väter, die ihren Sohn in einer Spielgruppe unterbringen wollten, jedoch abgewiesen wurden. So etwa lautete die Pressemeldung, die ihre Runden durch die ganze Schweiz machte. Nach der Stellungnahme wurde aber klar, dass ein grosses Missverständnis vorlag. Dieser Aspekt hat bedauerlicherweise für viel weniger Aufsehen gesorgt, als die erste Nachricht. Unsere Mitbürgerin wurde ad hominem, d.h., mit sehr persönlichen Angriffen zugeschüttet. Wir werden heute Abend eine Karte herumreichen, die unser Mitgefühl der Kitleiterin gegenüber ausdrückt. Alle, die gerne unterschreiben möchten, sind aufgerufen, dies zu tun.

Zurück zu meinem anderen Anliegen. Lenzburg steht gewissermassen als diskriminierende Gemeinde da. So habe ich es zumindest von meinen Kolleginnen und Kollegen an der Uni Zürich und vielen Orten in der Schweiz gehört. Dies entspricht meiner Meinung nach nicht der Wahrheit. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um dazu aufzurufen, ein Zeichen zu setzen. Ursprünglich hätten wir im Februar über die "Ehe für alle" abstimmen sollen. Das Geschäft wurde jedoch vom Nationalrat vertagt. Die Initiative stammt aus den Reihen der SP. Ich schlage vor, unter der Führung der SP, einen Aufruf für die Ehe für alle zu starten, sobald diese Vorlage zur Abstimmung kommen sollte. Ich appelliere an alle Parteien mitzumachen. Ich werde mich mit den SP Kolleginnen und Kollegen zusammensetzen und wir werden vor der Abstimmung auf alle Fraktionen zukommen. Wir hoffen auf eine Zusammenarbeit mit allen willigen Parteien. Wahrscheinlich kommt dieses Votum für die SP etwas überraschend. Es wurde heute während der Sitzung verfasst und ich wollte mir die Gelegenheit nicht entgehen lassen, dieses Thema anzusprechen.

Lenzburger Neujahrsblätter

Markus Thöny (SVP): Jeder hat ein aktuelles Exemplar der Lenzburger Neujahrsblätter vor sich liegen. Die Neujahrsblätter sind ein Geschenk der Ortsbürgergemeinde. Ein Geschenk an euch, für euren Einsatz den ihr für die Stadt Lenzburg erbringt. Die Ortsbürgergemeinde wünscht euch viel Spass beim Durchstöbern und Durchlesen. [Applaus]

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Diese Verdankung steht auch auf meinem Skript. Merci an die zuständigen Stellen und Kommissionen, dass wir dieses Exemplar erhalten haben. Wir schätzen dies sehr.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Falls das Wort aus dem Rat nicht mehr gewünscht wird, übergebe ich das Wort an Sven Ammann.

Verabschiedung der Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel

Vizepräsident Sven Ammann (FDP): Geschätzte Präsidentin, deine zweijährige Amtszeit endet mit der heutigen Sitzung. In den letzten beiden Jahren konnte ich eine entspannte Zeit auf der rechten Seite neben dir geniessen. Du hast jedem krankheitserregenden Virus getrotzt und wurdest dem Amt als Ratspräsidentin in jeder Minute gerecht. Diese Gesundheit wünsche ich dir für dein ganzes Leben.

In deiner Antrittsrede hast du drei Wünsche geäussert. Möglichst wenig Rücktritte, kurze, knackige Statements und bitte die Sitzordnung beibehalten. 11 Einwohnerratssitzungen und total 107 Traktanden später kann ich dir die Resultate präsentieren:

Rücktritte oder freundlicher ausgedrückt, Neuorientierungen: Du durftest 9 neue Einwohnerräte begrüßen.

Kurze knackige Statements: Die Mehrheit der Redner haben sich auf die Vorredner bezogen. Ich habe den Satz "wie mein Vorredner bereits erwähnte" noch nie so viel gehört, wie in den letzten beiden Jahren.

Sitzordnung beibehalten: Dies ist ein Ding der Unmöglichkeit. Aber du als Schützin hast jeweils mit einem ruhigen Atemzug treffsicher den richtigen Namen genannt.

Eröffnet hast du die Sitzungen jeweils mit einem Thema aus Lenzburg oder News zur umliegenden Natur und Tierwelt. Kurzweilig und informativ waren alle. Noch eine Info am Rand: Der Tierpark Arth Goldau setzt dieses Jahr mit dem "Bärenschiss" aus, d.h., der Frühling startet auch inoffiziell am 20. März 2020.

Während der Sitzung hattest du stets alles im Griff. Motionen oder Anfragen, nichts brachte dich aus der Ruhe. Imponiert hat mich auch, wie du deine vorbereiteten Schlussworte markant zusammengekürzt hast. Du spürtest, wann genug gesprochen war und alle nach Hause gehen wollten. Dies hat sicherlich auch viel zur guten Stimmung im Rat beigetragen.

Liebe Brigitte, wir Lenzburger dürfen uns glücklich schätzen über ein grosses Privileg: Du bist ein Exportschlager vom Zigerschlitz. Du machst nicht nur unser Quartier hinter dem Goffersberg lebenswerter, sondern die ganze Stadt kennt deinen Streichelzoo auf deinem Bauernhof. Ehrlich, bodenständig und immer für einen Schwatz bereit, so wirst du beschrieben. Nach diesen zwei strengen Jahren wünschen wir dir wieder mehr Zeit für deine Hobbys. Als kleines Abschiedsgeschenk möchte ich dir einen Gutschein für einen Skiservice

überreichen, plus einen weiteren Gutschein für fleissige Helfer bei der Äpfel- und Birnenernte im Herbst. Auch wir möchten wieder vom Most geniessen. Natürlich dürfen Blumen nicht fehlen. Aber Achtung: Wir handhaben es anders als beim Bachelor. Mit dieser Christrose beende ich meine Dankesrede und freue mich mit dem ganzen Rat, dass du uns noch lange erhalten bleibst. Danke vielmals Brigitte für die letzten beiden Jahre. [Applaus]

Schlussworte

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Vielen Dank Sven Ammann, vielen Dank allen Personen, die sich im Einwohnerrat und für den Einwohnerrat zu Gunsten von Lenzburg einsetzen.

Vor zwei Jahren haben Sie mich in dieses Amt gewählt. Ich hoffe, Sie haben es nicht bereut. Im Grossen und Ganzen gingen die Sitzungen flüssig und ruhig über die Bühne. Dies liegt aber bei weitem nicht nur am Präsidium. Gut aufbereitete Vorlagen, die sorgfältigen Beratungen in den Fraktionen und in der GPFK und nicht zuletzt motivierte politische Gegner, die sich respektieren. Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, dies ist ein Garant für eine erfolgreiche Kompromiss- und Entscheidungsfindung. Die Lenzburger Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind bekannt für ihre lösungsorientierten Debatten und sachlichen Diskussionen. Sie liefern sich keine personenbezogenen Schlammschlachten, was bei anderen Einwohnerräten bekanntlich nicht immer der Fall ist. Es macht grosse Freude, in Lenzburg den Ratsbetrieb zu leiten. Für mich waren es zwei spannende Jahre als höchste Lenzburgerin. Ein Begriff, den man in der Stadt immer wieder hört. Ich durfte als Einwohnerratspräsidentin in den letzten zwei Jahren viel dazulernen. Wir haben 2018 und 2019 viele Verpflichtungskredite bewilligt und eine Unmenge Kreditabrechnungen genehmigt. Ich habe mich immer wieder gefragt, können wir dies in Lenzburg alles gut stemmen? Genügen die finanziellen Mittel auch in Zukunft, um all unsere Wünsche zu befriedigen? Darüber werden wir in den nächsten Jahren im Einwohnerrat sicher wieder debattieren. Übrigens, wie geht es ihrem Geldbaum? Lebt er überhaupt noch? Trägt er ev. schon Früchte? Who knows. Dank unserem Engagement im Einwohnerrat wird es den Lenzburger Zahnärzten in naher Zukunft sicher nicht an Aufträgen mangeln. Dies liegt nicht nur am Honig, den Sie als Antrittsgeschenk erhalten haben. Gefühlt zwanzig Mal stimmten wir Anträgen nur zähneknirschend zu. (Ich habe mir die Mühe gespart die effektive Anzahl aus den Protokollen zu eruieren.) (Heiterkeit)

Am Anfang war ich vielleicht auch noch ein wenig euphorisch mit meinen Wünschen an den Einwohnerrat; vor allem mit meinem Wunsch, dass die Lenzburger Bevölkerung von unserer Arbeit mehr mitbekommt. Dies ist ohne Wenn und Aber definitiv nicht geglückt. Aus finanziellen Gründen war ein Besuch in der Altstadt für eine Einwohnerratssitzung nicht möglich und die Aktion "Besuch im Einwohnerrat" ist kläglich gescheitert. So bleiben uns weiterhin die Medien, die beiden Zeitungen und manchmal auch das Regionaljournal des Radios, als einziger Kontakt zur Aussenwelt.

Es hat mir viel bedeutet, dass Sie mich als Präsidentin gewählt haben und ich erachte es als sehr grosse Ehre mit meinem Migrationshintergrund. Ich gebe gerne zu, ich habe die Zeit, auch wenn sie manchmal streng war, sehr genossen. Durch das Ehrenamt gibt es auch viele einmalige Gelegenheiten zu geniessen. Alle aufzuzählen würde den Rahmen sprengen. Ich denke aber gerne an einige Highlights zurück. Z.B. an die Jungbürgerfeier; zusammen mit unseren zukünftigen Wählerinnen und Wählern am Kochherd zu stehen; am Tag der Freiwilligen bei der Pro Senectute mit älteren Menschen zu singen; die Eröffnung der skinmed Klinik hautnah mitzuerleben; den Chef der Armee zu treffen; die Jubiläumsfeier der Hypothekarbank Lenzburg auf dem Schloss oder auch den Treff mit dem Verein der Türkischen Frauen und natürlich auch die beiden Jugendfeste zu geniessen. Bis Ende Dezember sind in meiner Agenda noch zwei Termine mit warmen Nachtessen eingetragen. Morgen früh geht es in den Wald zur Jagdgesellschaft Birch-Lind. Jagdgesellschaften leisten das ganze Jahr einen grossen Beitrag in unseren Wäldern. Mir ist bewusst, dass eigentlich der effektive Jagdanteil nur ein kleiner Teil ausmacht. Aus meiner Sicht wird das Jagdwesen oftmals zu Unrecht angeprangert. Als krönenden Abschluss darf ich dieses Jahr auch noch an der Chlausmarktzusammenkunft in einer erlauchten Gesellschaft von Gemeindeammännern und Gemeindevorschreibern des Bezirks Lenzburg dabei sein.

Sie sehen, es lohnt sich trotz einiger Mehrarbeit, das Amt der Lenzburger Einwohnerratspräsidentin oder des Einwohnerratspräsidenten anzustreben. Aber, was ist ein Präsident ohne seine Mitstreiter und seine guten Seelen im Vorder- und im Hintergrund. Ich bedanke mich bei allen und wirklich bei allen, liebe Stadtratskollegin und Stadtratskollegen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Einwohnerrat, Auskunftspersonen und auch bei den vielen Personen der Verwaltung, die im Zusammenhang mit den Einwohnerrats-sitzungen auch ihre Arbeit leisten, speziell dem Stadtschreiber, Christoph Hofstetter, und dem Vizestadtschreiber, Stefan Wiedemeier, die eine grosse Hilfe waren und mir immer eine grosse Unterstützung geboten haben.

Ich gebe das Amt gerne an Sven Ammann weiter. Es bleibt so ja auch im Quartier. Er wird dafür sorgen, dass der Beitrag der Legislativen am Wohlergehen von Lenzburg und seiner Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt. Mir bleibt in Zukunft ein wenig mehr Zeit, um auch wieder etwas mehr auf den Gofu zu gehen, den Blick über Lenzburg schweifen zu lassen und bei diesem herrlichen Ausblick sich als Lenzburgerin am höchsten Punkt von Lenzburg zu fühlen. Ein wenig mehr Zeit ist auch nötig in Zukunft, da ich vermehrt selber kochen muss, da ja die auswärtigen warmen Mahlzeiten wegfallen werden. (Heiterkeit) Wir sehen uns heute Abend ja bald wieder und keine Angst, heute Abend werde ich mich nach hinten lehnen und geniessen. Bei einem meiner letzten Auftritte als Einwohnerratspräsidentin - ich kann Ihnen das bereits jetzt versichern - werde ich heute Abend nicht mehr viel sprechen. Das überlasse ich anderen.

Ich freue mich, Sie im Alten Gemeindesaal ab 18.30 Uhr zum Apéro wieder zu treffen. Sie können übrigens beim Eingang ihr Portemonnaie sorglos abgeben. Sie werden es heute Abend nicht mehr brauchen. Im Einwohnerrat selber

sehen wir uns am 12. März 2020 wieder, mit Sven Ammann als
Einwohnerratspräsidenten. Meine letzte Sitzung ist somit geschlossen.
[Applaus]

Schluss der Sitzung: 17.05 Uhr

NAMENS DES EINWOHNERRATS
Die Präsidentin:

Der Protokollführer:

Abgabe / Zustellung an die Einwohnerräte:

12. März 2020

Zustellung an die übrigen Empfänger:

17. April 2020

2018-119